2016-11-22

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 02.11.2016

Sitzungsbeginn: **16:00 Uhr**
Sitzungsende: **19:22Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal des Rathauses Dessau**

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Schwabe, Jörg	Entschuldigt

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans	Entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Hofmeister, Dirk	Entschuldigt
Weber, Hendrik	Entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Trocha, Harald	Entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** eröffnete die 20.Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 44 Stimmberechtigten fest.

Im Anschluss gratulierte er Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, nachträglich zu seinem 75.Geburtstag (da er am Tag seines Geburtstages verreist war) und überreichte Blumen sowie eine CD mit Musik des 20. Jahrhunderts eines Dessauer Organisten.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt (44:00:00).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.09.2016

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, verwies auf seine Empfehlung in der letzten Sitzung des Stadtrates, die Anwesenheitslisten dem Protokoll beizufügen, da das seitens des Kommunalverfassungsgesetzes vorgeschrieben ist. Da er vom Vorsitzenden des Stadtrates keine Antwort erhalten hat und auch dieses Mal die Anwesenheitslisten nicht anhängig sind, bat er Herrn Ehm zur Klärung um ein persönliches Gespräch. Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, dankte für diesen Hinweis.

Die Niederschrift wurde mehrheitlich genehmigt (42:00:02).

4 Berichte des Oberbürgermeisters
4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete über folgende Ereignisse:

In Sachen **Breitbandausbau** gibt es Erfreuliches aus dem Stadtgebiet Großkühnau zu berichten, denn seit dem 5. Oktober ist auch hier das Surfen mit Highspeedgeschwindigkeit möglich. Hier haben die Stadtwerke die notwendigen Arbeiten ausgeführt, die eng mit dem Ortschaftsrat und den Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt waren. Im Stadtgebiet von Dessau hat die Telekom weitere Anschlüsse fertiggestellt. Der Stadtteil Roßlau mit den umliegenden Ortschaften und die Gewerbegebiete befinden sich noch in der Ausschreibung, das Verfahren läuft aber planmäßig.

Gute Nachrichten gibt es für unsere **Anhaltische Gemäldegalerie.** Wir hatten am 18. Oktober 2016 den Staatssekretär aus dem Kulturministerium, Herrn Dr. Gunnar Schellenberger, zu Gast, der sich über die Situation vor Ort informierte. Als Ziel gab er an, die Baumaßnahmen bis zum Bauhausjubiläum 2019 abzuschließen. Bei diesem Termin wurde deutlich, dass Land und Stadt an einem Strang ziehen. Herr Oberbürgermeister Kuras hofft, dass es gemeinsam gelingt, rechtzeitig zusätzliche finanzielle Mittel zu akquirieren. Die entsprechenden Beschlüsse wurden gefasst.

Eine zweckdienliche Kooperation, von der vor allem unsere jungen Mitbürger profitieren werden, gibt es ab sofort zwischen der **DWG und den Stadtwerken**. Beide stellen ihren künftigen Auszubildenden kostenfrei eine möblierte Wohnung in der Dessauer Innenstadt zur Verfügung, einschließlich Fernsehen, Telefon und Internet. Darüber hinaus geben die Stadtwerke den Auszubildenden mit den besten Abschlussnoten eine Übernahmegarantie in ein festes Arbeitsverhältnis. Das sei nachahmenswert und ein Schritt in die richtige Richtung.

Auch für unsere **Archivnutzer** gibt es gute Nachrichten, denn ab dem Frühjahr 2017 finden sie erheblich verbesserte Bedingungen in unserer Stadt vor. Unser Stadtarchiv und die Abteilung Dessau des Landesarchivs nutzen künftig gemeinsam den Alten Wasserturm sowie die zugehörigen Magazin- und Verwaltungsgebäude in der

Heidestraße 21. Über dieses Vorgehen wurde in Stadtratssitzung am 31.08.16 entschieden. Die Kooperationsvereinbarung wurde mit dem Innenminister Herrn Stahlknecht am 21. Oktober unterzeichnet. Am gleichen Tag wurden 14 ausländische Menschen im Bauhaus im Rahmen einer **Einbürgerungsfeier** als neue Mitbürger in unserer Stadt und unserem Bundesland willkommen geheißen.

Erleichternd war die Nachricht, dass mit der Molinary Rail System GmbH ein internationaler Investor für die insolvente **Fahrzeugtechnik Dessau** gefunden wurde. Gemeinsam mit unserem Wirtschaftsbeigeordneten Herrn Dr. Reck fand gestern die symbolische Übergabe des Unternehmens statt. Es wurde die Gelegenheit genutzt, zahlreiche Gespräche zu führen. Bei der Molinary Rail System handelt es sich um ein gemischtes Unternehmen mit 2 Gesellschaftern, einer Firma Molinary aus der Schweiz und einem chinesischen Unternehmen, welches auch die Mehrheit in diesem Unternehmen hält. Mit dem chinesischen Unternehmen wurden Gespräche geführt, um Hilfe anzubieten. Herr Oberbürgermeister Kuras hofft, dass sich der Standort wieder mehr entwickelt und wieder mehr Beschäftigte aufnehmen kann.

Zu den aktuellen Arbeitsständen kommend, ging Herr Oberbürgermeister Kuras zunächst auf die **Landesgartenschau 2022** ein. Morgen wird die Auswahlkommission des Landes uns besuchen und gemeinsam mit unseren Fachämtern, Unterstützern und beteiligten Akteuren wurde eine Veranstaltung organisiert mit der strengen Vorgabe der Dauer von 2 Stunden. In einer knappen Stunde ist eine Präsentation vorgesehen und in einer weiteren Stunde werden die einzelnen Standorte vor Ort besichtigt. Auch mit Hilfe der Stadtmarketing GmbH wurde dafür gesorgt, dass das durchaus einen Eventcharakter hat, so dass die Kommission also möglichst viele positive Eindrücke mitnimmt. Es werde auch auf die Vielfalt des kulturellen Wirkens hingewiesen, was auch diese Landesgartenschau begleiten soll. Nach dem Rundgang wird es ein Abschlussfoto geben. Man wolle sich als lebendige Stadtgesellschaft präsentieren, die ihre Herausforderungen gemeinsam angeht und seine Zukunft als starkes Oberzentrum aktiv gestaltet. Herr Oberbürgermeister Kuras dankte allen Beteiligten und Unterstützern. Besonders danke er der Stadtmarketinggesellschaft und den Wirtschaftsverbänden die mit Fahnen und Bannern in der Stadt für die LAGA werben. Zwischenzeitlich ist auch eine Stellungnahme zu den strukturpolitischen Auswirkungen vom Landesverwaltungsamt an das Umweltministerium gegangen, die einen positiven Tenor erkennen lässt. Sie bestätigt unser Anliegen, mit der Landesgartenschau einen wertvollen Beitrag zu leisten, um die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen unserer Einwohner zu stärken.

Ersatzneubau Südschwimmhalle: Bisher liegen die Arbeiten gut im Zeitplan. Die Grundleitungen im ersten Teil sind verlegt. Die Bodenplatte im tiefer liegenden Keller wurde bewehrt und betoniert – erste Kellerwände und die Spülwasserbehälter wurden hergestellt. Die Vorbereitungen für den Bereich des Schwimmerbeckens werden folgen.

Ersatzneubau Muldebrücke: Die Montage der Stahl-Verbundträger ist nun abgeschlossen. Die Fertigteilplatten wurden Anfang Oktober verlegt. Derzeit laufen die Vorbereitungen zur Betonage der Fahrbahnplatte.

Ehem. Schadebrauerei: Wie bereits angekündigt wurde ein Kellergebäude auf der Grundstücksmitte gefunden. Die Stadt wird hier im Rahmen des vertraglich festgeleg-

ten Budgets weitere Abrissarbeiten durchführen. Der Abbruch des Kellergebäudes wurde im Oktober begonnen und soll in diesem Monat abgeschlossen werden. Weitere Maßnahmen werden bis Ende des Jahres abgestimmt.

Umgestaltung Kavalierstraße: Der Umbau der Ecke Askanischen Straße/Willy.-Lohmann-Straße, der zur Vorbereitung der geplanten Umgestaltung der Kavalierstraße dienen soll, wurde vertragsgerecht am 17.10.16 abgeschlossen. Derzeit werden die Arbeiten für die Bepflanzung im November vorbereitet.

Ersatzneubau Zweifeldsporthalle "Walter Gropius": Die Projektskizze zum Programm „Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte“ fand leider keine Berücksichtigung beim Bundesumweltministerium. Die Mitteilung darüber ging Ende September beim Fachamt ein. Als nächste Akquisitionsmaßnahme wird der Einsatz von Mitteln der Sportförderung (bis zu 50%) geprüft.

Aktuelle Asylsituation:
Mit Stand vom 31.10.2016 haben wir in diesem Jahr **289 Asylbewerber** in der Stadt Dessau-Roßlau aufgenommen. Insgesamt erhalten **636 Personen** Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Das Jugendamt ist derzeit für 51 unbegleitete minderjährige Ausländer zuständig. 11 von ihnen sind dezentral bei Verwandten untergebracht, 14 von ihnen leben in einer Wohngruppe in der Puschkinallee 29. In der Kleinen Schaftrift sind derzeit 18 Jugendliche untergebracht. Ein unbegleiteter minderjähriger Ausländer lebt in einer Pflegefamilie in unserer Stadt.

Zu den Bereichen kommend ging Herr Oberbürgermeister Kuras zunächst auf das **Amt für Kultur** ein. Vom 6. bis zum 8. Oktober fand die Jahrestagung der Dessau Wörlitz Kommission unter dem Motto „Musik im Dessau-Wörlitzer Gartenreich“ in Dessau-Roßlau statt. Erfreulich ist, dass die Kommission mit ihrer diesjährigen Jahrestagung mal wieder zu Gast in unserer Stadt war. Bei künftigen Veranstaltungen müsse überlegt werden, wie die Leute besser informiert werden können, da er sich mehr Besucher gewünscht hätte.

Am 7. Oktober feierte das Tanz-und Theaterprojekt „Das Fremde – so nah“ in der Marienkirche seine erfolgreiche Premiere. Dabei setzten sich Dessauer Jugendliche und junge syrische Migranten im Alter zwischen 10 und 25 Jahren mit dem Thema „Fremd sein“ in all seinen Erscheinungsformen mit den Mitteln von Tanz und Schauspiel auseinander. Er dankte für die gelungene Veranstaltung.

Am vergangenen Donnerstag wurde im feierlichen Rahmen die Plakette „Luther war hier“ am Johannbau angebracht. Quellenmäßig belegbare, aber auch fiktive und mythische Lutherorte erhalten eine Plakette mit der Aufschrift „Luther war hier“. Neben einem Bildnis von Martin Luther befindet sich darauf auch ein QR-Code, über den der Besucher eine mobile Internetseite mit weiteren Informationen aufrufen kann.

Jugendamt:
Seit dem Jahr 2010 beschäftigt sich die Koordinierungsstelle Prävention und Jugendschutz des Jugendamtes mit der Problematik des Crystal-Meth Konsums. Dazu findet am 25.11.2016 ein Thementag im UCI Kino statt. Unsere Mitarbeiter haben ein

Projekt zur Crystal-Prävention mit mehreren Bausteinen entwickelt, wofür unser Jugendamt in diesem Jahr im bundesweiten Wettbewerb für innovative Suchtprävention vor Ort vom Bundesministerium für Gesundheit und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ausgezeichnet wurde. Er dankte für das Engagement.

Referat Sportförderung:
Nach 2014 war die Stadt Dessau-Roßlau in diesem Jahr erneut Gastgeber der Deutschen Meisterschaften im Trampolinturnen. Rund 200 Sportler, Trainer, Betreuer und Offizielle waren vom 30. September bis zum 2. Oktober zu Gast in der Anhalt Arena. Es gab viele begeisterte Zuschauer und es herrschte eine großartige Atmosphäre.

Amt für Wirtschaftsförderung:
Auf der EXPO Real in München hat sich die Stadt Dessau-Roßlau an drei Messetagen präsentiert und hat im Fokus von Gesprächen mit Investoren, Projektentwicklern und Interessenten gestanden. Im Forum „Highlights der Region Mitteldeutschland" hat der Wirtschaftsdezernent Herr Dr. Reck noch einmal die perfekte Kombination von Arbeiten, Wohnen und Investieren in unserer Stadt hervorgehoben. Man ist hier auf einem Gemeinschaftsstand der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland gemeinsam mit Städten wie Halle, Leipzig und Jena.

Amt für Bildung und Schulentwicklung:
Am 18.10.2016 hat die Wahl zum Vorstand des Stadtschülerrates stattgefunden. Zum Vorsitzenden Sprecher wurde Ivo Förster (Liborius Gymnasium) sowie seine Stellvertreterin Elisabeth Quanz (Walter-Gropius Gymnasium) und zwei weitere Sprecher gewählt. Herr Oberbürgermeister Kuras gratulierte den gewählten Schülervertretern.

Sonstiges
An dieser Stelle dankte Herr Oberbürgermeister Kuras, auch im Namen des Stadtrates, noch einmal besonders Fr. Dr. Gerlinde Otto, Herrn Willi Dreibrodt und Herrn Burchardt Führer für Ihr Engagement in unserer Stadt. Fr. Dr. Otto ist u. a. als Gründungsmitglied des Multikulturellen Zentrums und des Hospitzkreises sowie als Gründerin der Telefonseelsorge in Erinnerung. Herr Dreibrodt machte sich einen Namen als langjähriger Chorleiter und durch sein jahrzehntelanges Engagement in der Musikpflege. Herr Führer tritt nicht nur durch sein unternehmerisches Handeln in Erscheinung, sondern er erwarb sich viele Verdienste um den Denkmalschutz und in der Stadtentwicklung. Zur Überreichung des Bundesverdienstkreuzes durch den Ministerpräsidenten gratulierte er herzlich.

Am 27. Und 28. Oktober fand eine Führungskräfteklausur mit den Beigeordneten, den Amtsleitern und dem Oberbürgermeister statt. Gemeinsam mit 2 Referentinnen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle in Köln wurden das Leitbild sowie die Grundsätze und Ziele der Zusammenarbeit diskutiert. Dieser Prozess werde fortgesetzt und sei ein guter Baustein für das Personalentwicklungskonzept.

Am 28. Oktober fand im Ratssaal ein Kolloquium zum Gedenken an den 100. Todestag des Piloten Oswald Boelcke statt. Am Nachmittag hatten wir einen Ehrenappell auf dem Ehrenfriedhof, wo ein Ehrenmal für Oswald Boelcke in den 20er Jahren errichtet wurde. Zahlreiche Offiziere und Soldaten des Luftwaffengeschwarders 31 ha-

ben teilgenommen. Er dankte dem Stadtarchiv für die Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung.

Abschließend verwies Herr Oberbürgermeister Kuras auf die Gedenkveranstaltung am 09. November an der Stele anlässlich der Verfolgung und Zerstörung in der Reichspogromnacht 1938. Herr Oberbürgermeister Kuras lud die Stadträte ein, an der Veranstaltung um 15:30 Uhr, die mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde und der Kirchen ausgestaltet wird, teilzunehmen. Im Zeichen der Erinnerung stehe auch die zentrale Gedenkstunde anlässlich des Volkstrauertages, die am 13. November traditionell auf dem Friedhof III durchgeführt wird. Auch hier bat er die Stadträte um Teilnahme, da Krieg und Vertreibung auf so schreckliche Weise wieder aktuelle und zentrale Themen unserer Zeit geworden sind.

Zu Beginn der Berichterstattung erschien Herr Rumpf.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung am 28. September 2016 wurden wurde folgender Beschluss gefasst:

- Verkauf einer Fläche im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz Dessau, Teilgebiet B; Erteilung einer Belastungsvollmacht

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Frau Dr. Bärbel Schneider, wohnhaft in der Ringstraße 24 in Dessau-Nord, stellte im Namen der Bürgerinitiative Parkplatz Schillerstraße die Frage, warum es nicht möglich ist, einen Parkplatz in Dessau-Nord zu schaffen, da eine Parkfläche vorhanden ist und diese auch gestaltet werden muss.. Sie ging auf die Parkplatznot in diesem Stadtteil ein, welche durch den ständigen Ausbau von Häusern und durch neue Bauprojekte größer wird. Leider können die Bürger arbeitsbedingt auch nicht auf ihre Autos verzichten. Außerdem gebe es viele Familien mit Kleinkindern und ältere Leute, die unbedingt einen Parkplatz vor Ort benötigen.

Des Weiteren verwies sie auf das frühere Problem der Evangelischen Grundschule in Dessau-Nord bezüglich des gefährlichen Schulweges. Da die Kinder große Probleme beim Überqueren der Straße hatten, wurde ein Elternlotsendienst eingerichtet. Durch die seitens der Stadt ergriffenen Maßnahmen sind die Kinder jetzt sicher, was bei einem Vorortttermin mit dem Oberbürgermeister und Vertretern der Ämter festgestellt werden konnte. Die Direktorin Frau Werner hat sich in einem Gespräch nicht gegen einen Parkplatz ausgesprochen. Es entspricht also nicht den Tatsachen, dass die Schule gegen einen Parkplatz ist, denn gerade die Eltern, die von außerhalb kommen wären dankbar, wenn sie irgendwo parken könnten. Derzeit halten diese am Straßenrand der Schillerstraße, lassen ihre Kinder aussteigen und bringen sie dann zur Schule, was jedoch die parkenden Anwohner am Herausfahren hindert. Dadurch kommt es auch zu sehr unerfreulichen Situationen, welche durch die Schaffung von Parkmöglichkeiten vermieden werden könnte. Die Stadt hat dazu schon einen Vorschlag entwickelt und die Kosten berechnet, welche nicht sehr hoch wären.

Bezüglich des weiteren Vorschlages, dort eine Grünfläche herzurichten, welche wohl nichts kosten würde, gibt sie zu bedenken, dass diese später auch gepflegt werden muss, was nicht mehr kostenfrei wäre. Da die Stadt viele Grünflächen hat, wäre das ihrer Meinung nach sinnlos ausgegebenes Geld.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** wies Frau Schneider auf die überschrittene Redezeit hin und bat um Beantwortung seitens der Verwaltung.

Nachdem er das Tiefbauamt beauftragt hat, eine preisgünstige Lösung zu erarbeiten, wurde ein Vorschlag vorgelegt, welcher jedoch von der Schule und vom Stadtbezirksbeirat abgelehnt wurde, erklärte **Herr Oberbürgermeister Kuras.** Der Stadtbezirksbeirat hat sich mit großer Mehrheit gegen den Parkplatz an dieser Stelle entschieden. Es wäre zu überlegen, ob die Parkplatznot an anderer Stelle innerhalb von Dessau-Nord gelindert gelindert kann. Jedoch wolle er das Protokoll des Stadtbezirksbeirates abwarten und dann ins Gespräch kommen.

Mit dieser Verfahrensweise erklärte sich Frau Schneider einverstanden.

Frau Katrin Winter, Wäschkestraße 2, Dessau-Roßlau, legte dar, da im Stadtpark an der Baustelle des neu geplanten Bauhausmuseums größere archäologische Ausgrabungen nötig waren als ursprünglich geplant, haben sich sicher die Kosten erhöht. Da die Stadt für die Baufeldvorbereitung zuständig ist, stellte sie die Frage, welche Kosten ursprünglich für die Baufeldvorbereitung geplant waren und um wieviel Euro die Kosten gestiegen sind. Weiterhin bezog sie sich auf ihre Frage in der letzten Sitzung des Stadtrates nach der Veröffentlichung der schriftlichen Antworten aus der Einwohnerfragestunde, welche ihrer Meinung nach die Verwaltung vor größere Probleme stellt. Laut der Verwaltung wurden genau diese Fragen einem anderen Bürger schon beantwortet, was zeigt, wie wichtig so eine Veröffentlichung wäre, da der Bürger nicht wochenlang auf eine schon einmal gegebene Antwort warten müsste und die Verwaltung entlastet wäre. Sie fragte, wo genau das Problem liegt.

Auf die erste Frage eingehend, bestätigte **Herr Oberbürgermeister Kuras,** dass sich die Kosten durch die Ausweitung der archäologischen Grabungen vermutlich erhöhen werden. Seitens der Stadt wurde mit der Stiftung Bauhaus ein Erbbaupachtvertrag (zur Bereitstellung der Fläche) und ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. In diesem sind unter anderem auch verschiedene Kostenübernahmen geregelt. Die Stiftung Bauhaus hatte sich entschieden, doch ein Kellergeschoss zu errichten, was die Ausweitung der archäologischen Grabungen zur Folge hatte. Hierzu könne allerdings noch keine Bezifferung vorgenommen werden, weil der Gebührenbescheid vom Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie noch nicht bei der Stadt eingegangen ist. Da weitere Funde in diesem Bereich aufgetaucht sind, die aus Sicht der Archäologen wertvoll sind, werden noch im November mit dem Direktor des Landesamtes, Herrn Dr. Meller, Gespräche geführt, insbesondere zur Gebührensituation und wie mit den Funden umgegangen wird. Da hier schon eine langjährige Zusammenarbeit besteht, werde sicher eine Lösung gefunden. Die Verwaltung ist selbstverständlich daran interessiert, die Kosten zu minimieren. Falls die im Kooperationsvertrag definierte Obergrenze überschritten werden sollte, findet zwischen den beteiligten Stellen eine Neuverhandlung statt. Es bestehe also die Gefahr, dass Kosten auf die Verwaltung zukommen, jedoch könne die Höhe derzeit nicht abgeschätzt

werden. Es handelt um Gebühren und nicht um Arbeitsleistungen, die bei den Grabungen vollbracht werden.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck beantwortete die zweite Frage dahingehend, dass die Niederschriften über die Sitzungen Dokumente des Stadtrates sind, die den Sitzungsverlauf wieder geben. Die schriftlich erteilten Antworten an die Bürger stellen keinen Gegenstand der Sitzungen dar und können somit auch nicht Gegenstand der Niederschrift werden. Oftmals erfolgen die schriftlichen Antworten umfangreicher und detaillierter als die mündlich erteilten Antworten, was nicht öffentlich gemacht wird. Was der Adressat damit macht, ist dessen persönliche Entscheidung. Die Stadtverwaltung tue das aber nicht.

Herr Günter Geiersbach, wohnhaft Am Wäldchen 15 in Rodleben, stellte an Herrn Oberbürgermeister Kuras die Frage, wie er dazu steht, dass die IVG als städtisches Unternehmen unkorrekte Betriebskostenabrechnungen erstellt. Die Betriebskostenabrechnung von 2013 wurde erstellt, obwohl ein Teil der Mieter zum Ablesetermin nicht anwesend war. Danach wurden Kosten unverhältnismäßig verteilt. Den Mietern wurde gesagt, dass auch eine falsche Abrechnung kein Problem darstellt, weil es bei den Mietern ja schließlich das Amt bezahlt. Er stellte an Herrn Oberbürgermeister Kuras die Frage, wie er zu so einer Äußerung steht.

Weiterhin sollten gegenwärtige und zukünftige Guthaben einbehalten und mit den rechtswidrigen Forderungen verrechnet werden, was in keinem Fall juristisch haltbar und sozial gerechtfertigt ist. Auch stelle sich die Frage, warum ihm als Mieter plötzlich angeboten wird, nur die Hälfte zu bezahlen, wenn die Rechnung doch korrekt gewesen sein soll.

Er höre den Vorwurf der unkorrekten Betriebskostenabrechnung zum ersten Mal, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Kuras.** Das Amt übernimmt die Kosten nur für betroffene Hartz IV-Empfänger oder auch für Flüchtlinge. Das Sozialamt schaut aber gemeinsam mit dem Jobcenter genau darauf, dass die Kosten im Rahmen bleiben. Herr Oberbürgermeister sicherte eine Überprüfung dieser Angelegenheit und eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion und Ortsbürgermeister von Rodleben, merkte an, dass dieses Thema bereits im Ortschaftsrat, in dem auch Herr Geiersbach Mitglied ist, behandelt wurde. Der Ortschaftsrat hat sich dazu befunden, dass es sich um eine Privatangelegenheit zwischen dem Mieter und der IVG handelt und sich der Ortschaftsrat deshalb nicht damit befassen kann.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Müller, SPD-Fraktion, erläuterte, dass eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Dessau-Roßlau mehrere Mitarbeiter entlassen hat. Diese haben daraufhin beim Arbeitsgericht eine Summe in Höhe von 500.000 € erstritten. Jetzt, ca. eineinhalb Jahre später, hat diese Tochtergesellschaft eine Ausschreibung veranlasst, in

der genau solche Mitarbeiter gesucht werden, die damals entlassen wurden. Ihr erschließt sich die Logik dieser Entscheidung nicht, weshalb sie um Erklärung bat.

Dem Vorschlag von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke,** die Frage im nichtöffentlichen Teil zu beantworten, wurde zugestimmt.

Frau Perl, SPD-Fraktion, widersprach eine in der letzten Sitzung des Stadtrates von Herrn Schönemann getätigte Äußerung zum Thema Mietspiegel. Im Namen ihres Verbandes stellte sie richtig, dass die Stadt Dessau-Roßlau zwar einen Mietspiegel besitzt, aber den Status eines qualifizierten Mietspiegels verloren hat, weshalb dieser Mietspiegel nicht mehr gerichtsfest ist. Des Weiteren verwies sie auf eine Veranstaltung, in der es um die befristet eingestellten Sprachlehrer für die Flüchtlinge ging. Da über die Hälfte der Flüchtlinge in einem Alter der Ausbildung ist, also bis 25 Jahre, stellt sich die Frage, ob die Stadt Dessau-Roßlau einen Plan B hat, falls die Befristung dieser Sprachlehrer ausläuft.

Die Einstellung der Sprachlehrer erfolgt über das Land, welches somit auch für die Ausgestaltung der Arbeitsverträge verantwortlich ist, erwiderte **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales.** Der Bund habe sich verpflichtet, 3,5 Milliarden Euro mehr für die Bildung auszugeben. Die Verwaltung habe keinen Plan B.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass er sich seit geraumer Zeit in seiner Mitwirkungsmöglichkeit als Stadtrat behindert fühlt, da der Sitzungskalender von den Dezernenten missachtet wird und willkürlich Termine gesetzt werden, an denen eigentlich keine sind. Es finden auch Parallel-Termine statt, wie zum Beispiel die Sitzung des IPG-Verwaltungsrates und die Sitzung des Kulturausschusses am 01. Dezember 2016. Im Kulturausschuss ist er, Herr Otto, Vorsitzender und im Verwaltungsrat könne er sich nicht vertreten lassen. In der 43. Kalenderwoche war Kulturausschusssitzung und ebenfalls tagte der Krankenhausausschuss. Die letzte IPG-Verwaltungsratssitzung fand in der Ferienwoche statt, an der er aufgrund einer gebuchten Reise auch nicht teilnehmen konnte. Herr Otto ist sich unschlüssig, ob er sich diesbezüglich beim Landesverwaltungsamt beschweren soll, ob er seine Mitwirkungsrechte einklagen soll, oder ob die Verwaltung und der Stadtratsvorsitzende bereit sind, den Sitzungskalender einzuhalten.

Zum Thema der Terminüberschneidung des Krankenhausausschusses und des Kulturausschusses merkte **Herr Beigeordneter Krause** an, dass er dies geprüft und zum Anlass genommen hat, dass die Ausschüsse, die in seiner Verantwortung liegen, sich im Jahr 2017 nach der Planung nicht überschneiden. Wenn Verlegungen im Verlauf des Jahres notwendig sind, sollte beiderseitig darauf geachtet werden.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass er in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister für die Terminierung der Stadtratssitzungen zuständig ist.. Hier gab es bisher keine Beanstandungen. Er sei allerdings nicht in der Lage und auch nicht gewillt, die Termineinhaltung der anderen Sitzungen zu kontrollieren. Diesbezüglich müsse sich Herr Otto mit den fachlich Verantwortlichen auseinandersetzen.

Herr Hoffmann, Fraktion die Linke, erklärte, dass nach seinen Informationen die Stadt Dessau-Roßlau zum „Wolfserwartungsgebiet“ gehört. Da die Stadt in der Um-

gebung Probleme mit dem Schwarzwild hat, gibt er zu bedenken, dass dafür evtl. eine Population von Wölfen ausschlaggebend sein könnte. Er bat um Informationen, inwiefern diese Aussagen stimmen.

Seitens der Verwaltung wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Herr Mrosek, AFD-Fraktion, gab zu bedenken, dass der Ortsteil Sollnitz, der schon seit Jahren ein Stadtteil von Dessau ist, immer noch die gleiche Telefonvorwahl wie Raguhn hat, die Postleitzahl aber die von Dessau ist. Das heißt, obwohl ein Ortsgespräch geführt wird, erfolgt eine Abrechnung als Ferngespräch. Er stellte die Frage, was die DATEL dagegen zu tun gedenkt. Weiterhin fragte er nach Neuigkeiten zum Projekt „Wilde Mulde."

Das Problem mit Sollnitz ist bekannt, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Sollnitz gehört geschichtlich gesehen noch zum Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Dieses Problem hat sich jetzt beim Breitbandausbau herausgestellt. Die Stadt Dessau-Roßlau hat hier zwar wenig Handhabe, jedoch werde seitens der Verwaltung ein Schreiben an die Telekom verfasst, dass diese Angelegenheit Thema im Stadtrat war und um Mitteilung gebeten, ob eine Änderung technisch machbar wäre.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, ging auf das Thema „Wilde Mulde" ein und erklärte, dass er einen Antrag bekommen hat, allerdings nicht für das Komplettpaket, sondern für die Raubäume, die in den Flussbereich eingebracht werden sollen. In diesem Zusammenhang wurden Unterlagen vom WWF erarbeitet, die jetzt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen sind. Das Genehmigungsverfahren wurde mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt. Hier gibt es zweierlei Antragstellungen. Zum einen nur die Raubäume und für den gesamten Rest wird ein weiteres Genehmigungsverfahren starten, wo aber noch keine Bewertung erfolgen kann, weil die Unterlagen dazu fehlen. Derzeit ist es so, dass die Unterlagen vom Umweltamt gesichtet werden und es dann entweder zu einer oder zu keiner Genehmigung kommt. Es wurde auch darüber abgestimmt, dass über die Ergebnisse berichtet wird. Dies sei keine gesetzliche Pflicht in einem Genehmigungsverfahren, werde aber trotzdem rechtzeitig erfolgen.

Frau Benckenstein, AFD-Fraktion, bat aufgrund der vielen Virusinfektionen in den Kindertagesstätten um Anbringung von Desinfektionsmittelspendern an den Ausgängen der Einrichtungen. Das sollte auch für andere städtische Einrichtungen geprüft werden.

Erwidernd bemerkte **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales,** dass es im Städtischen Klinikum Desinfektionsmittelspender gibt. Er werde über die Notwendigkeit der Anregung von Frau Benckenstein nachdenken.

Auf den Beitrag von Frau Perl zum Mietspiegel eingehend, führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** aus, dass es nach jetziger Kenntnis versäumt wurde, diesen zu evaluieren. Für die Berechenbarkeit und Rechtsbelastbarkeit bat er das Dezernat für Gesundheit und Soziales und das Dezernat für Finanzen die Möglichkeit einer Evaluierung zu prüfen, um das für den Bürger rechtsverbindlich zu gestalten.

Der Mietspiegel werde nicht für die Auszahlung der Kosten der Unterkunft benötigt, sondern sei ein schlüssiges Konzept, welches in der Stadtverwaltung vorhanden ist, erklärte **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales.** In einer der letzten Stadtratssitzungen wurde die Höhe der Kosten der Unterkunft inflationär angepasst, was aus seiner Sicht ausreichend ist. Der Mietspiegel sei eher ein Instrument für die Vermieter, um die Höhe der Mieten festzusetzen.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bezog sich zunächst auf den Friedhof in Naundorf, welcher aufgelöst werden soll. Das habe er aus der Zeitung erfahren und auch, dass der Stadtrat in seiner Dezembersitzung darüber entscheiden soll und der Ortschaftsrat die Auflösung schon beschlossen hat. Einige Leute haben dort noch Gräber und sind jetzt bei deren Beräumung. Herr Meier stellte die Frage, welche Gremien darüber beraten werden und weshalb vor der endgültigen Beschlussfassung die Öffentlichkeit informiert wurde. Des Weiteren hatte er im letzten Jahr den Ortschaftsrat Waldersee angeregt, sich um die Grabenpflege zu bemühen u. a. in der Löbbenstraße. Nach einer Ortsbegehung ist dann wohl auch etwas geschehen. Vom Eigenbetrieb Stadtpflege wurde die Aussage getroffen, dass es in diesem Jahr keinen Auftrag gab, aber seitens des Tiefbauamtes jährlich etwas gemacht wird. Da zurzeit in dem Graben, der zur Entwässerung dringend notwendig ist, wieder Bäume wachsen, stellte er vor allem an Herrn Ehm als Ortsbürgermeister die Frage, ob diesbezüglich etwas geplant ist.

Frau Bürgermeisterin Nussbeck bestätigte, dass in der Beratungsfolge jetzt die Friedhofssatzung, die Kalkulation der Friedhofsgebühren, die Kosten für die Pflege des öffentlichen Grüns auf den Friedhöfen und der Umgang mit der Trauerhalle Thema war. Das betraf nicht den Friedhof selbst, sondern nur den Umgang mit der Trauerhalle und zwar vor dem Hintergrund, weil die Stadt einen sehr hohen Anteil an öffentlichem Grün auf den Friedhöfen hat und dass in den nächsten Jahren die Zinserträge nicht mehr die Größenordnungen haben, um die Friedhofsgebühren zu dämpfen. Damit werden auf der einen Seite die Friedhofsgebühren erheblich steigen und zum anderen muss die Stadt zusätzlich ca. eine halbe Million Euro in den Haushalt einstellen, um die öffentliche Grünpflege auf den Friedhöfen zu sichern. Seitens der Stadt müsse darüber nachgedacht werden, die Kosten für ein viel zu großes Angebot an Friedhöfe zu senken. Der Naundorfer Friedhof ist schon lange stillgelegt, d. h. es finden keine Bestattungen mehr statt. Auch die Liegezeiten sind schon lange abgelaufen. Es ist also ein Friedhof, der als aktiver Begräbnisplatz nicht mehr genutzt wird. Durch die Bekanntmachung in den Medien werde darüber geredet, jedoch wurden die betreffenden Personen bis jetzt nicht kontaktiert, da noch keine Beschlussfassung erfolgt ist.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** bat Herrn Meier ein Gespräch, evtl. auch mit Frau Moritz vom Stadtpflegebetrieb an. Er versicherte, dass alles, was ihm Sorge bereitet, berücksichtigt wird und die betroffenen Personen rechtzeitig informiert werden.

Herr Berghäuser, Fraktion die Linke, verwies auf einen Rundbrief an die Bewohner der Friedrich-Scheider-Straße, welcher vom Generalmusikdirektor des Anhaltischen Theaters, Herrn Markus L. Frank, unterzeichnet war und in dem es um die Eröffnung der 22. Spielzeit des Theaters und gleichzeitig um das 250-jährige Jubiläum der herzoglichen Kapelle geht. Er zitiert den Brief: „Sie wohnen in einer Straße, die den Na-

men einer wichtigen Musikpersönlichkeit trägt, die je in unserer Stadt gelebt haben. Friedrich Schneider wirkte 32 Jahre lang als Hofkapellmeister am herzoglichen Hoftheater und hat sich unschätzbare Verdienste um die Musikpflege allgemein und insbesondere in der Chorbewegung Anhalt erworben. Wenn Sie immer schon einmal wissen wollten, wie die Musik des Mannes klingt, nach dem Ihre Straße benannt ist, dann haben Sie die Gelegenheit, sie kennenzulernen. Kommen Sie zu uns ins Theater, erleben Sie die Wiederaufführung der Schneidersinfonie." Mit seiner Frau sei er der Einladung gefolgt, was ein schönes Erlebnis war. Man könne stolz darauf sein, in so einer Straße zu wohnen und dass es Persönlichkeiten in unserer Stadt gibt, die aktiv sind und an so etwas denken. Er sprach Herrn Johannes Weigand, Herrn Lutz Wengler und besonders Herrn Markus L. Frank seinen Dank für diesen wunderschönen Abend aus.

Auf das Projekt „Wilde Mulde" zurückkommend, bemerkte **Herr Mrosek, Fraktion AfD,** er habe den Eindruck, dass im Genehmigungsverfahren mit der Salamitaktik" vorgegangen wird. Wir schon im Amtsblatt dargestellt, halte er die Raubäume für sehr gefährlich. Er stellte die Frage, ob es sich um ein Planfeststellungsverfahren handelt und wenn nicht, warum nicht.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, erwiderte, dass es sich nicht um ein Planfeststellungsverfahren handelt. Bei einem solchen Verfahren sind gesetzliche Grundlagen notwendig. Die Entscheidung dafür obliegt nicht der Stadt als untere Naturschutzbehörde, sondern das Landesverwaltungsamt entscheidet darüber, welches Verfahren zu führen ist. Diese Entscheidung ist gefallen und damit ist es kein Planfeststellungsverfahren. Die Verwaltung kann sich auch gegen eine Antragstellung als Behörde nicht wehren. Man bekommt einen Antrag und hat darüber zu entscheiden, ob es gewollt ist oder nicht. Das ist das, was unser Umweltamt jetzt zu leisten hat, hier entsprechend zu schauen, ob die Unterlagen, die eingereicht wurden, genehmigungsfähig sind. Wenn ja, ist das Umweltamt verpflichtet, die Genehmigung auch auszureichen.

Herr Hernig, Fraktion AfD, merkte an, dass es im Schillerpark jetzt vorangeht und sprach Herrn Schönemann seinen Dank aus. Die Anfrage zu den Gärten habe nichts Negatives im Hintergrund. Alle sollten daran denken, dass das Bild der Stadt mehr oder weniger geprägt wird. Auf seine Frage zum Rückbau der Kleingärten habe er eine Antwort erhalten. Es sei so, dass mit Aufgabe der Pächter der Gartenverein aus dem Grundstück heraus ist und die Stadtverwaltung aber noch nicht verantwortlich für diese Fläche ist. Ihm stellt sich die Frage, wer aktuell Inhaber dieses Grundstücks ist und ob die Firma ABC Recycling für die Beräumung zuständig ist. Zu drei weiteren Gartensparten habe er bisher keine Antwort erhalten, sondern nur die Information, dass die Grundstücke Eigentum des Landes sind. Er stellte die Frage, ob das Land darüber informiert wurde, so dass auch dort etwas unternommen werden kann.

Zum Thema Adria kommend verwies Herr Hernig darauf, dass der Stadtverwaltung eine Petition der Dauercamper vorliegt. Die Stadträtinnen und Stadträte sollten sich den Beschluss zur Übernahme der Adria sowie das Betreiberkonzept durchlesen und überlegen, wie damit umgegangen werden soll, so dass den Pächtern oder den Dauercampern geholfen werden kann.

Bezüglich der Gärten gab es eine privatrechtliche Beauftragung von dem jeweiligen Gartenverband an ein Abbruchunternehmen, erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**. In diesem Zusammenhang spielt die Stadt zunächst keine Rolle. Es handelt sich um ein vertragliches Konstrukt, wo einer jemanden beauftragt, der letzten Endes auch für die Umsetzung verantwortlich zeichnet. Es sei etwas anderes, wenn wir als Behörde gefragt sind, z. B. wenn das Umweltrecht ein Thema wäre. Nach interner Prüfung hat das Umweltamt den Abbruch begleitet. Bei dem Abbruch gab es Stoffe, die einer separaten Entsorgung bedurften, was auch gemacht wurde. Was sich jetzt noch in den Gärten befindet, ist seitens des Umweltrechtes nicht bedenklich. Darüber hinaus hat sich die Stadt dafür eingesetzt, dass die Restarbeiten erfolgen. Da die Stadt wieder durch die Beendigung der Pacht Eigentümer der Fläche ist, werde die Stadt auch dafür sorgen, dass das zu Ende gebracht wird. Zur Frage der Grundstücke, die dem Land gehören, führte Herr Meister aus, dass auch hier ein Auftragsverhältnis mit dem Abbruchunternehmen und dem Gartenverband zu Stande gekommen ist, so dass die Stadt nicht unmittelbar tätig werden kann. Im Rahmen dessen, was als Stadt getan werden kann, wird dies auch begleitet und dafür Sorge getragen, dass diese Dinge dort verschwinden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** übergab die Tagungsleitung an seinen 1. Stellvertreter, Herrn Hoffmann, und informierte als Ortsbürgermeister von Waldersee über die am 01.11.2016 mit Unterstützung des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst durchgeführte Herbstdeichschau in Waldersee Diese Deichschau wurde durchgeführt, weil den Stadtratsmitgliedern aus den schriftlichen Unterlagen die Probleme mit den bereits begutachteten Rissen bekannt geworden sind. Das Ergebnis der Begutachtung ist jedoch noch nicht bekannt. Eine der Mitarbeiterinnen des Amtes 37, die schon mehrere Jahre die Deichschauen begleitet, meinte während der Deichschau, dass sie noch nie Deiche in einem so schlechten Zustand gesehen hat. Es sind extreme Wildschweinschäden vorhanden, überwiegend sind hier die Deichkronen zerstört. Laut seiner Auffassung kann es durchaus möglich sein, dass die Wildschweine die Mäuse aus den Deichen als Nahrungsgrundlage nutzen. Er bat den Oberbürgermeister, Herrn Kuras, um dringende Unterstützung seitens der Stadt, in dem der Landeshochwasserbetrieb aufgefordert wird, mit den Instandsetzungsmaßnahmen kurzfristig zu beginnen und diese zügig durchzuführen. Ein ordnungsgemäßes Protokoll über die Deichschau geht der Verwaltung noch zu. Mit den noch vorhandenen Rissen, die weitaus größer sind, als bisher angenommen, wachse die Sorge ins Unermessliche. In einem Bereich von nahezu zwei Kilometern ist die gesamte Deichoberfläche von Wildschweinen umgegraben worden.

Auf Grund der Ausführungen des **Oberbürgermeister, Herrn Kuras,** dass eine weitere Maßnahmen entweder in der regulären Sitzung des Hochwasserausschusses, oder in einer Sondersitzung in Waldersee mit Vertretern des Landesbetriebes für Hochwasserschutz (LHW) besprochen werden könnten, entgegnete **Herrn Ehm**, dass die Mitarbeiter des LHW zur Deichschau eingeladen, aber leider nicht erschienen waren. Er wolle nicht bis zu den besagten Sitzungen warten, sondern den LHW zeitnah auffordern, das zu kontrollieren und Instandsetzungen einzuleiten. Die zweite jährliche Deichschau ist vor einigen Jahren vom Landtag aus dem Wassergesetz des Landes gestrichen worden, was in der Praxis sehr gefährlich ist. Es sei mehr als leichtsinnig und vorsätzlich, eine Deichschau, die keine großen Kosten verursacht,

aus dem Gesetz zu streichen. Das könnte zu schlimmen Folgen bei einem Hochwasser im Winter führen.

7 Beschlussfassungen

7.1 "Kirchentag auf dem Weg - Reformationsjubiläum 2017 in Dessau-Roßlau" Vorlage: BV/275/2016/IV-41

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verließ zu Beginn der PowerPoint-Präsentation den Sitzungssaal.

Herr Hartwich Bodmann, **Geschäftsführer des Reformationsjubiläums 2017 e. V.** erhielt das Wort und merkte an, dass die Beschlussvorlage alles zusammenfasst, was offiziell zum Reformationsjubiläum auszuführen ist. Als aktuelle Information nannte er folgende fünf Projekte, die in der Verantwortung des Vereins Reformationsjubiläum liegen:

- Europäischer Stationenweg,
- vier Monate dauernde Weltausstellung
- Konfirmanden- und Jugendcamp über 15 Wochen
- Kirchentage auf dem Weg
- Festgottesdienst mit Begegnungsfest am Himmelfahrtswochende 2017.

Die Erläuterungen zu diesen Projekten erfolgten anhand einer PowerPoint-Präsentation und sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Abschließend verwies Herr Bodmann darauf, dass das Projekt in Dessau nach Schätzungen des Vereins 770.000 € kostet und der größte Teil der Einnahmen vom Land Sachsen-Anhalt in Höhe von 350.000 € erfolgt, 50.000 € sind kommunale Zuschüsse und 100.000 € werden von der Kirche getragen. Die restlichen Beträge setzen sich zusammen aus Teilnehmereinnahmen, Spenden, Sponsoring, Merchandising und dergleichen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** dankte Herrn Bodmann für seine Ausführungen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bezog sich auf den in der Kooperationsvereinbarung aufgeführten Punkt H – Personalkostenanteil und bat um Erklärungen.

Herr Stefen Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, verwies in diesem Zusammenhang auf das Besserstellungsverbot. Der Verein verpflichtet sich, aus dem Zuschuss für Personalausgaben seine Beschäftigten nicht besser zu stellen als vergleichbare Bedienstete der Stadt Dessau-Roßlau.

Auf Bitten von **Herrn Berghäuser, Fraktion die Linke** gab Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, folgende Abstimmungsergebnisse bekannt:

- Ausschuss für Finanzen 6/0/0
- Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus 5/0/0
- Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport 5/0/2

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau beteiligt sich im Jahr 2017 als Kooperationspartnerin am „Kirchentag auf dem Weg“ mit finanziellen Mitteln in Höhe von 50.000 €.

2. Darüber hinaus erbringt die Stadt Dessau-Roßlau Unterstützungsleistungen in Höhe von ca. 191.000 Euro (74.500 Euro für Sach- und 116.500 Euro für Personalaufwendungen).

3. Die Stadt Dessau-Roßlau schließt dazu eine Kooperationsvereinbarung mit dem Reformationsjubiläum 2017 e.V. ab.

Abstimmungsergebnis: 38:01:05

7.2 Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: BV/291/2016/I-14

Frau Heidemarie Ehlert, Fraktion Die Linke, verwies bezüglich der Beschlussvorlage auf die gesetzlich vorgeschriebene Frist von vier Monaten nach Jahresende. Nach vier Jahren soll heute die Feststellung der Jahresrechnung 2012 beschlossen werden. Kein Unternehmen könne die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen so überschreiten, wie die Stadtverwaltung, denn es würden Sanktionen drohen. Eine Jahresrechnung soll mögliche Fehlentwicklungen und Missstände aufzeigen. Die Feststellungen vier Jahre später nützen nichts.

Die Folge davon ist, dass ein Darlehen aus dem Jahr 2008 in Höhe von 1,5 Mio. € verfristet ist, also nicht mehr zurückgefordert werden kann. Weiterhin wurden 500 T€ ohne Beschlussfassungen von der Stadtverwaltung verausgabt. Es wurden somit 2 Mio. € einfach am Stadtrat und den Ausschüssen vorbei ausgegeben. Hinzukomme, dass durch Mehreinnahmen und Minderausgaben fast 5 Mio. € eingespart wurden. Diese wurden eingesetzt zur Minderung des Haushaltsdefizits, welches dadurch von 25 Mio. € auf 21 Mio. € gesunken ist. Auch diese 5 € Mio. € wurden am Stadtrat vorbei für die Minderung des Haushaltes eingesetzt. Es stehen also insgesamt 7 Mio. € zur Debatte, über die weder im Finanzausschuss noch im Stadtrat entschieden wurde. In diesem Zusammenhang verwies sie auf den Sanierungsbedarf in Schulen, Kindertagesstätten, an den Straßen usw. Sie könne
weder der Haushaltsrechnung, noch der Entlastung des Oberbürgermeisters zustimmen, weil neben der Haushaltsrechnung 2012 noch die Jahresrechnungen von 2013 bis 2015 fehlen und die Fristen auch hierfür bereits abgelaufen sind.

Der Jahresabschluss 2012 ist der letzte kamerale Abschluss, denn mit dem Jahresabschluss 2013 gibt es doppische Jahresabschlüsse, erwiderte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck.** Der Abgrenzungsaufwand zwischen der kameralen und der künftigen doppischen Rechnung war sehr hoch. Sie widersprach aber, dass die Einsparungen am Stadtrat vorbei erzielt wurden. Wesentliche Einsparungsfaktoren sind z. B. die Personalkosten im laufenden Jahr. Das passiere nicht am Stadtrat vorbei, sondern diese Einsparungen erfolgen durch zum Teil versetzte Besetzungen von Stellen durch einen hohen Krankenstand und andere Dinge, wie z. B. dass die Steigerung aus der Tariferhöhung nicht so eingetroffen sind, wie geplant u. a. Es könne aber nicht gesagt werden, dass dadurch irgendeine Ausgabe nicht geleistet wurde, die im Plan verankert war. Es ist gesetzlich vorgesehen, dass in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung, wie auch der Haushaltssperre, nur noch die Ausgaben geleistet werden dürfen, die sachlich und zeitlich unabweisbar sind. Deshalb könne nicht davon gesprochen werden, dass das am Stadtrat vorbeigeht, sondern die Verhängung von Haushaltssperren sei eine Folge von unausgeglichenen Haushaltsplänen. Die Jahresabschlüsse 2013 ff. können erst mit der Eröffnungsbilanz erstellt werden, an welcher noch gearbeitet werde. Die Kämmerei habe sehr viele parallele Arbeiten zu bewältigen, wie die Jahresabschlüsse, die Haushaltspläne und die Eröffnungsbilanz. Durch immer wieder frei gewordene Stellen, durch Krankheit und durch Veränderung von Mitarbeitern, bestanden sehr lange Vakanzen in den Stellen, so dass die Arbeiten nicht, wie gewünscht, umgesetzt werden konnten. Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt hat ergeben, dass dieser Jahresabschluss den Verlauf des Haushaltsjahres korrekt abbildet und nur das werde heute festgestellt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, mit der Differenz von vier Jahren und nach Bewertung bestimmter Vorgänge, komme man bei der Komplexität auch manchmal ins Rudern. Die Fraktion möchte eine klare und verbindliche Aussage, wann es die Eröffnungsbilanz gibt, denn damit gehe die weitere Abarbeitung der nächsten Jahresabschlüsse einher. Wenn das Dezernat so geschwächt ist, dass es zu erheblichen Verwerfungen bei der Abarbeitung solcher Themen kommt, bittet er den Oberbürgermeister, mit der Beigeordneten für Finanzen darüber zu beraten, wie der Personalbestand so aufgestockt wird, dass zeitgemäß an den Themen gearbeitet werden kann. Das soll nicht als Kritik, sondern als konstruktive Hilfe gesehen werden, um am Ende zu einer gemeinsamen systematischen Arbeit zu kommen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, es sei eine deutliche Kritik festzustellen. In den vergangenen Jahren wurden regelmäßig die Abschlüsse angemahnt. Er könne die Ausführungen von Frau Nußbeck nicht nachvollziehen, was der Jahresabschluss 2012 mit der Doppik, aufgrund von Abgrenzungen, zu tun hat . Wenn es tatsächlich nur die Abbildung des Vergleiches zum Haushaltsentwurf ist, habe das mit der Doppik an der Stelle nichts zu tun, denn dann werde ein Soll-Ist-Vergleich gemacht und es müsse keine Abgrenzung vorgenommen werden. Insoweit sei es nicht nachvollziehbar, dass vier Jahre nach Abschluss des Haushaltsjahres erst über das entsprechende Ergebnis befunden wird. Ein weiteres Problem, was angesprochen wurde und mit der Verzögerung zusammenhängt ist, dass einige Stadträte 2012 an den Haushaltsberatungen noch nicht teilgenommen haben und damit das Haushaltsjahr nicht begleitet haben. Es stelle sich die Frage, wie ein Stadtrat nach einem Legislaturwechsel heute über ein Jahresergebnis 2012 befinden soll, der in keiner Weise daran beteiligt war. Auch die Stadträte, die schon an den Ent-

scheidungen beteiligt waren, werde es schwer fallen, hier Einzelheiten noch nachzuvollziehen. Einen Teil der Probleme habe Frau Ehlert schon angesprochen. Ein weiteres Problem, was bereits bei der Jahresrechnung 2011 für erhebliche Kontroversen gesorgt hat, ist die von der Stadt eingegangene Bürgschaft mit dem den Brauhausverein. Anders als hier aufgeführt, herrsche bis heute keine Klarheit darüber, ob tatsächlich die Stadt mit den fast 240 T€ in Anspruch genommen wird. Die Voraussetzungen, die damals dazu geführt haben, dass diese Bürgschaft überhaupt ausgereicht wurde, ist sicherlich noch vielen in Erinnerung und auch die vielen desolaten Verhältnisse, die damals in diesem Verein nicht zutage getreten waren. Diesbezüglich erübrigt sich heute jede Ausführung. Weiterhin wurden nicht genehmigte Ausgaben in Höhe von fast 500 T€ durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellt. Umso erschreckender ist, dass wir auch dort in den Vorjahren bereits dieses Thema immer wieder angesprochen haben. Im Vergleich 2011 zu 2012 besteht eine Erhöhung dieser nicht genehmigten Ausgaben von über 300 T€, was eine Vervierfachung gegenüber dem Vorjahr ist und dass trotz des Achtungszeichens aus dem Stadtrat, wie hier an der Stelle damit umzugehen ist. Diese Dinge müssten zeitnah ausdiskutiert werden, damit der Stadtrat in den Folgejahren reagieren kann. An dieser Stelle können jetzt keine Maßnahmen mehr ergriffen werden. Massive Kritikpunkte an der Haushaltsführung und auch an den Oberbürgermeister seien z. B. der Zuschuss an einen freien Träger einer Kindereinrichtung mit einer nichtgenehmigten Ausgabe in Höhe von 75 T€, weil die Abrechnung des Trägers lange nach Fristablauf nicht vorlag, oder wenn Mittel in Höhe von 398 T€ ohne Beteiligung eines Ausschusses bzw. des Stadtrates ausgegeben werden. Das spreche gegen die Entlastung des Oberbürgermeisters 2012 und auch für das Jahr 2011.

Frau Storz, 2. Stellv. Vorsitzendes des Stadtrates und Mitglied der SPD-Fraktion, verwies darauf, dass im Finanzausschuss immer zwischendurch und regelmäßig alle vier Wochen Berichte von Frau Wirth und Frau Nußbeck zu den angemahnten Sachverhalten erfolgten. Der Jahresabschluss 2012 in der Kameralistik sei sicher sehr spät, aber es wurde ein gigantisches Projekt bewegt, was Frau Nußbeck und Frau Wirth getan haben. Sie haben mit einer Neubewertung der gesamten Stadt zu tun gehabt. Es musste das Anlagevermögen, das Eigentum der gesamten Stadt, jedes Haus, jede Schule, jede Straße, alles neu bewertet werden. Erst auf Grundlage dieser Bewertung ist es möglich, diese doppischen Bilanzen zu erstellen. Ohne diese komplexe Bewertung könne ein Jahresabschluss nicht erstellt werden. Leider gab es davon reichlich Schwierigkeiten, denn für die Bewertungsrichtlinien (wie bewerte ich eine Schule, eine Straße und Kulturgüter, die Art und Weise, wieviel Geld soll das Wert sein) trägt das Land die Verantwortung und muss die Bewertungsrichtlinien erstellen. Diese Bewertungsrichtlinien waren oft sehr lückenhaft und nicht vorhanden, so dass in Verhandlungen erst Klarheit geschafft werden musste. Es sei außerordentlich schwierig, eine solche Eröffnungsbilanz zu erstellen. Ein Zeitraum von drei oder vier Jahren dafür sei normal. Wenn die Eröffnungsbilanz einmal erstellt und beschlossen worden ist, stehen die Zahlen fest. Es gibt aber, wie in jedem Unternehmen, Gestaltungsspielräume, die für die Zukunft wichtig sind, z. B. wie werden Straßen, die schon sehr kaputt sind, bewertet. Werden sie sehr niedrig bewertet, haben wir wenig Eigentum, werden sie sehr hoch bewertet, haben wir sehr hohe Abschreibungen, die die Kostenseite der Stadt belasten. D. h. es müsse sehr genau abgewogen werden, wie bewerten wir die Dinge, welche Kosten kommen dann aus den Abschreibungen auf uns in der Zukunft zu.

Das sei ein sehr komplizierter Prozess. Es wurden zusätzliche Mitarbeiter eingestellt und Externe um Sachgutachten gebeten worden. Mit vier Jahren sei man gut bedient, was bedacht werden sollte.

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt gemäß § 170 (3) GO LSA (in der für den Berichtszeitraum gültigen Fassung) die Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau für das Haushaltsjahr 2012.

Abstimmungsergebnis: 25:04:15

7.3 Feststellung der Jahresrechnung 2012
Vorlage: BV/290/2016/I-14

Beschluss:
Die Jahresrechnung 2012 der Stadt Dessau-Roßlau wird mit dem heutigen Beschluss festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 20:09:15

Es wurde eine 25-minütige Pause durchgeführt.

Während der Pause meldete sich Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, ab und nahm an der weiteren Sitzung nicht teil. Herr Mau, CDU-Fraktion erschien während der Pause zur Sitzung.

7.4 Neufassung der Ordnung zur Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau (Parkgebührenordnung)
Vorlage: BV/298/2016/II-32

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit 7:0:0 und des Ausschusses für Finanzen mit 6:0:0 bekannt.

Beschluss:
Die Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:01:02

7.5 Änderungsplan Nr. 101-I(A1) "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A1) an der Polysiusstraße"/Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/266/2016/III-61

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** gab das Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien bekannt:
Stadtbezirksbeirat Alten, West, Zoberberg: 5:0:0
Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: 7:0:0
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 8:0:0

Beschluss:

1. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans mit dem Titel Änderungsplan Nr. 101 – I (A1) "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A1) an der Polysiusstraße“ für das in der Anlage 2 dargestellte Plangebiet wird als Regelverfahren weitergeführt.
2. Der Vorentwurf des Bebauungsplans mit dem Titel: Änderungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A1) an der Polysiusstraße" (Anlage 3) und die dazugehörende Begründung (Anlage 4) werden in der vorliegenden Fassung vom 25.07.2016 gebilligt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt in Form einer öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs des Bebauungsplans und der dazugehörenden Begründung.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden wird parallel zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.6 Aufstellung vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg"
Vorlage: BV/333/2016/III-61

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** gab das Abstimmungsergebnis des Ortschaftsrates Roßlau bekannt: 9:0:1

Beschluss:

1. Dem in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage beigefügten Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für eine Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg im Stadtteil Roßlau wird stattgegeben.
2. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 64 „Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg“ im Stadtteil Roßlau wird für das in der Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet beschlossen. Ziel des Verfahrens ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Wohnmobilstellplatzanlage.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.7 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/331/2016/III-61

Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mit 9:0:0 wurde die Vorlage zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Die während der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplans der Innenentwicklung Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage angegeben ist.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Nachbargemeinden, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, zu antworten und das Ergebnis unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

3. Der Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 220 „Ausstellungszentrum für das Bauhaus“ in der Fassung vom 9. September 2016 (Anlage 3) bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan (Anlage 4) mit Anhängen und Anlagen (Anlagen 5 bis 10) wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 43:01:00

7.8 2. Änderung Flächennutzungsplan Roßlau für eine Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg Vorlage: BV/334/2016/III-61

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf das Abstimmungsergebnis im Ortschaftsrat Roßlau mit 9:0:1

Beschluss:

Die Aufstellung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau für die Errichtung einer Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg wird für das in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet beschlossen. Ziel des Verfahrens ist die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für die Errichtung einer Wohnmobilstellplatzanlage im Parallelverfahren nach § 8 Absatz 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.9 Neufestlegung der Förderprojekte für die Antragstellung STARK III Vorlage: BV/345/2016/III-65

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab das jeweils einstimmige Abstimmungsergebnis der vorberatenden Gremien bekannt.

Beschluss:

1. Die Projekte Sekundarschule „An der Biethe“ Haus 1, Sporthalle MT 90 der Sekundarschule „Zoberberg“ und Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ werden bis zur Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) geplant und im Programm STARK III plus EFRE beantragt.

2. Für das Projekt „Neubau Turnhalle Grundschule Meinsdorf“ erfolgt die Erstellung einer Entwurfsplanung mit dem Ziel der Antragstellung im Programm STARK III ELER.

3. Das Projekt „Grundschule Tempelhofer Straße“ wird bis zur Phase 2 (Vorplanung) geplant. Dann wird entschieden, ob die Planung weitergeführt und das Projekt im Programm STARK III plus EFRE beantragt wird.

4. Die Projekte „Kita St. Marien“ und „Schule an der Muldaue“ werden zurückgestellt und nicht über STARK III beantragt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.10 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zum 31.12.2015
Vorlage: BV/223/2016/IV-ATD

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm,** gab bekannt, dass der Betriebsausschuss Anhaltisches Theater und der Rechnungsprüfungsausschuss jeweils einstimmig der Vorlage zugestimmt haben.

Beschluss:

1. Der durch die unabhängige DONAT WP GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chemnitzer Straße 48a, 01187 Dresden geprüfte und bestätigte, durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellte und durch den Betriebsausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss vorberatene Jahresabschluss zum 31.12.2015 wird festgestellt.

2. Der Jahresverlust von EUR 135.333,80 wird in Höhe von EUR 129.841,56 (Abschreibungswert Altes Theater) durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen und der restliche Verlust in Höhe von EUR 5.492,24 auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Zum Bilanzstichtag 2015 werden Verlustvorträge aus dem Jahr 2011 In Höhe von EUR 242.036,41 aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: 43:01:00

7.11 Entlastung der Betriebsleitung Anhaltisches Theater Dessau für das Jahr 2015
Vorlage: BV/224/2016/IV-ATD

Nach Bekanntgabe des **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Ehm,** dass der Betriebsausschuss Anhaltisches Theater sowie der Rechnungsprüfungsausschuss haben der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt haben, erinnerte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** an den erfolgten Führungswechsel und die aufgeregten Zeiten im Kampf um die Vier-Sparten-Qualität. Das Anhaltische Theater zeige an dieser Stelle Stabilität, sowohl vom Personal her, als auch in der Führung, was in solchen Zeiten nicht selbstverständlich sei. Am Ende haben das Anhaltische Theater und der Stadtrat nichts falsch gemacht. Er dankte dem Anhaltischen Theater für die geleistete Arbeit, vor allem in dieser schwierigen Situation.

Beschluss:
Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau wird für das Jahr 2015 entlastet.

Abstimmungsergebnis: 43:01:00

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sprach der Theaterleitung im Namen des gesamten Stadtrates seinen Dank aus.

7.12 Vertrag zur interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Aken im Rahmen der Förderung und Entwicklung der flächendeckenden Breitbandversorgung für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/360/2016/IV-80

Beschluss:
In Vorbereitung der Beantragung von Fördermitteln für den Breitbandausbau beschließt der Stadtrat den Abschluss des „Vertrages zur interkommunalen Zusammenarbeit von Kommunen im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft für den Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen“ zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und der Stadt Aken.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.13 Umwandlung der Sekundarschule "Zoberberg" (Gesundheitsfördernde Ganztagsschule) in eine Gemeinschaftsschule Vorlage: BV/285/2016/V-40

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab folgende Ergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:
Ausschuss für Kultur Bildung und Sport: 7:1:0
Stadtbezirksbeirat Alten, West, Zoberberg: 5:0:0
Haupt- und Personalausschuss: 8:0:2

Beschluss:
Der Umwandlung der Sekundarschule „Zoberberg“ (Gesundheitsfördernde Ganztagsschule), Kastanienhof 14 in 06847 Dessau-Roßlau in die „Ganztagsschule Zoberberg Dessau – Gemeinschaftsschule“ zum Schuljahr 2017/2018 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 34:07:03

7.14 Sitzordnung des Stadtrates Vorlage: BV/388/2016/Linke

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, stellte im Namen der CDU-Fraktion den **Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung der Beschlussvorlage an den Haupt- und Personalausschuss,** da über die Vorlage zunächst im Ausschuss diskutiert werden sollte.

Wenn das zielführend ist, würde die Fraktion Die Linke dem Verweisungsantrag folgen, entgegnete **Herr Schönemann.** Der Stadtrat sollte sich aber in diesem Jahr zur Umgestaltung des Ratssaales bekennen, denn es sei nötig, um dieser Stadt und dem Stadtrat ein würdiges Gesicht für die Zukunft zu geben.

Die Beschlussvorlage wurde **mehrheitlich** (41:01:02) **an den Haupt- und Personalausschuss verwiesen.**

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und **Nichtöffentlichkeit hergestellt.**

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 19:22 Uhr durch seinen Vorsitzenden geschlossen.

Dessau-Roßlau, 09.12.16

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer